



im Stadtrat von Sankt Augustin

Ihr/e Gesprächspartner/in: Herr Köhler

Verteiler: Vorsitzende(r), I, II, III, IV, 10,

Federführung:

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am:

Antrag

Datum: 11.03.2008

Drucksachen-Nr.: 08/0091

Beratungsfolge

Ausschuss für Familie, Soziales,
Gleichstellung und Integration

Sitzungstermin

04.06.2008

Behandlung

öffentlich / Entscheidung

Betreff

Hartz-IV-Empfängerinnen fehlt das Geld für die Verhütung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen ob die Zahl der Hartz-IV-Empfängerinnen, die eine Schwangerschaftsberatung in Anspruch nehmen, seit 2005, also nach Einführung von Hartz-IV, angestiegen ist.

Problembeschreibung/Fragestellung:

Aus benachbarten Kommunen ist bekannt, dass die Zahl der Frauen, die - ungewollt schwanger geworden - die Schwangerschaftsberatungsstellen aufsuchen, stetig steigt. Viele von ihnen befürchten, mit einem Kind in noch größere finanzielle Nöte zu geraten.

Vor der Hartz-Gesetzgebung hatten alle bedürftigen Frauen die Möglichkeit, die Kosten für Verhütungsmittel erstattet zu bekommen. Heute müssen die Hartz-IV-Bezieherinnen, die älter als 20 sind, neben der Praxisgebühr, der Rezeptgebühr und ggf. den rezeptfreien Medikamenten auch die Verhütungsmittel mit dem in den "Warenkorb" ihres Arbeitslosengeldes für Gesundheitsvorsorge integrierten Betrag bezahlen.

Abtreibungen dagegen werden weiterhin vom Land finanziert.

Sollte die Zahl der Beratungen auch in Sankt Augustin angestiegen sein, besteht ein dringender Handlungsbedarf seitens unserer Stadt, um den Vorrang der Verhütung vor der Abtreibung herstellen zu helfen.

Wolfgang Köhler